Abendausgabe

Nr. 232 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 115

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Preis 100 Mark

Sonnabend
19. Mai 1923

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Schießerei in Mannheim.

Mannheim, 19. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Nicht genug mit dem gestrigen Todesopfer, hat die blindwütende französische Soldateska heute nacht **drei weitere Opfer** gefordert. Angeblich soll auf die Wache in der Neckarvorstadt Friedrichsbrücke nachts nach 12 Uhr ein Schuß abgegeben worden sein. Daraufhin gab die ganze Wache, ohne angegriffen worden zu sein, rücksichtslos **Schnellfeuer** ab. Sogar mit Maschinengewehren wurde geschossen. Der Erfolg waren drei Schwerverwundete. Einer erhielt einen Bauchschuß, einer einen Lungenschuß und der Dritte einen Streifschuß am Auge. Sogar in die gerade vorbeifahrende elektrische Straßenbahn schossen die Franzosen rücksichtslos hinein. Die Verwundeten sind drei harmlose Straßenpassanten, die die Franzosen in keiner Weise belästigt oder gar angegriffen haben. Das blinde Schießen in den verkehrsreichen Straßen zeigt, daß die Franzosen vollständig den Kopf verloren haben. Die Aufregung über die Vorfälle ist in der Bevölkerung außerordentlich stark.

Die gestrigen Vorgänge in Mannheim.

Mannheim, 19. Mai. (Mtb.) Wenn auch die Ursache der **Schießerei an der Neckarbrücke** noch nicht vollständig geklärt werden konnte, weil bis jetzt von der Besatzungsbehörde noch keinerlei Verlautbarung über die Vorgänge vorliegt, so steht doch das eine fest, daß von deutscher Seite keinerlei Veranlassung zu dem Vorgehen der französischen Wache an die friedlichen Mannheimer Einwohner gegeben worden ist, und daß die Franzosen das Feuer blindlings eröffnet haben. Wahrscheinlich befürchtete die nach der am Vormittag erfolgten Erschießung des Polizeiwachtmeisters **Traub** sehr nervös gewordene Wache angesichts der großen Erregung der Mannheimer Bevölkerung Ausschreitungen seitens der Bevölkerung. Diese hat jedoch während des ganzen Tages keine drohende Haltung eingenommen und die französische Wache überhaupt keiner Beachtung gewürdigt.

*

Ein Augenzeuge, laut „**Mannheimer Generalanzeiger**" sagt aus, daß kurz vor Mitternacht ein junger Mann an der Haltestelle der Straßenbahn in der Nähe der Neckarbrücke auf die nur in höheren Zeitabständen verkehrende Straßenbahn wartete; ohne jegliche Veranlassung legte plötzlich der in der Nähe stehende Posten auf den jungen Mann an und verletzte ihn durch einen Schuß am Kopfe. Dieser Schuß alarmierte die ganze französische Wache, die sofort das Feuer auf die des Weges kommenden **Passanten** und auf die **Straßenbahnwagen** eröffnete. Die Straßenbahnwagen wurden angehalten und die Fahrgäste zum Verlassen gezwungen. Sie durften nur mit erhobenen Händen die Brücke passieren. Als ein Straßenbahnführer die Situation nicht gleich erkannte und etwa zehn Schritte weiterfuhr, schossen die Franzosen in den Wagen hinein, wobei eine Anzahl von Fahrgästen verletzt wurde. Unter diesen Verletzten befindet sich auch ein Schwerverletzter, dem durch eine Kugel der Arm zersplittert wurde. Während der Schießerei feuerte die Wache eine Leuchtrakete ab, vermutlich um Verstärkung herbeizurufen.

Mannheim, 19. Mai. (Mtb.) In der gestrigen Bürgerausschußsitzung der Stadt Mannheim gab Oberbürgermeister **Kutzer** vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Protesterklärung gegen die Erschießung des Wachtmeisters Traub ab: „Eine blutige Tat hat heute unsere Stadt in große Erregung versetzt. Der Polizeibeamte Traub wurde heute vormittag von französischen Soldaten erschossen. Wie immer auch die Umstände der Tat gewesen sein mögen — eine restlose Aufklärung wird gewiß von der deutschen Behörde mit Nachdruck verlangt werden —, sie ist nur denkbar als Folge der militärischen Besetzung eines Teiles unserer Stadt. Um so schärfer müssen wir abermals gegen diese, allem Rechte hohnsprechende Besetzung Protest einlegen und die schleunige Zurückziehung der militärischen Formationen aus unserer friedlichen und arbeitsamen Stadt fordern".

Der Abwehrkampf der Rheinschiffer.

Duisburg, 19. Mai. (TU.) Ein leitender Beamter des **Transportarbeiter-Verbandes**, Abteilung **Binnenschiffahrt**, machte einem Vertreter der holländischen Presse folgende Mitteilungen über die Lage in der Rheinschiffahrt:

Der Abwehrkampf der Rheinschiffer, der in dankenswertester und vollkommenster Weise von den holländischen Berufsgenossen unterstützt wird, wird auf das energischste fortgesetzt. Es ist den Franzosen bisher nicht gelungen, die ihnen durch unsere Abwehr im Rheinschiffahrtsverkehr erwachsenen Schwierigkeiten zu überwinden. Im Gegenteil, die Hindernisse werden für die Franzosen **täglich größer**. Fast das gesamte deutsche Streikbrecherpersonal ist heute aus den französischen Diensten ausgetreten. Französischerseits wird daher schiffsunkundiges Personal eingestellt, wodurch eine Gefährdung der Transporte eintritt. Die Franzosen gehen jetzt in schärfster Form gegen uns vor und versuchen die Gewerkschaften zu verhindern, ihren Mitgliedern die Unterstützungen auszuzahlen. Aus diesem Grunde wurde unser Bureau in Mülheim besetzt, ebenso das **Bureau des Maschinistenverbandes** in Ruhrort mit **belgischer Kriminalpolizei** belegt. In Duisburg wurden zwei unserer **Angestellten verhaftet**. Unser tapferer **niederländischer Genosse Reman** verbüßt in der belgischen Strafanstalt in Aachen eine viermonatige Gefängnisstrafe. Die deutschen Rheinschiffer widersetzen sich den französischen Versuchen, aus dem besetzten Gebiet eine Zwangsarbeitskolonie nach dem Muster von Bayenne zu machen.

Revision im Schlageter-Prozeß verworfen.

Münster, 19. Mai. (TU.) Die Revision im Prozeß **Schlageter** und Genossen ist verworfen worden.

Neue Truppen im Ruhrgebiet.

Paris, 19. Mai. (WTB.) Nach dem „Matin" hat die französische Regierung die Entsendung **weiterer militärischer Verstärkungen** nach dem Ruhrgebiet beschlossen. Die dortigen Effektivbestände sollen durch neue Truppen, die in den nächsten Tagen aus dem Innern des Landes abgehen werden, um etwa **15000—20000 Mann verstärkt** werden. Der „Matin" schreibt zu dieser Maßnahme, entgegen der von deutschen Zeitungen ausgedrückten Hoffnung, daß die weitere Ausbeutung des Ruhrgebiets nachlassen werde, werde sie vielmehr erweitert und intensiver gestaltet werden. In dem gleichen Maße, wie sich die in Anspruch genommenen Brennstoffvorräte verringerten, würden neue Halden beschlagnahmt werden müssen. Die notwendige Ueberwachung der Eisenbahn, die erforderlich sei, um zu verhindern, daß Brennstoffe nach Deutschland gelangten, erforderten eine wirksamere Ueberwachung als bisher. In einem Augenblicke, wo Verhandlungen zwischen den Alliierten aufgenommen zu werden **drohten** (!), sei man genötigt, die Besetzung des Ruhrgebiets als eine **solide, produktive und dauerhafte** zu zeigen.

Zwei Strömungen in Frankreich.

Für und gegen die Internationale Anleihe.

Paris, 19. Mai. (Eca.) Die französische öffentliche Meinung wird durch eine gewisse Pressetaktik darauf vorbereitet, daß eine **sofortige Mobilisierung** der deutschen Schuld durch eine große internationale Anleihe **nicht möglich** sei. Zahlreiche Pressearikel weisen darauf hin, daß in der amerikanischen Finanzwelt keine Neigung bestehe, Deutschland im gegenwärtigen Augenblick die notwendigen Mittel zu gewähren. Es ist nicht recht ersichtlich, ob dieser Feldzug eines Teils der offiziellen Presse lediglich darauf ausgeht, das neue Regierungsprojekt, das bekanntlich eine **Uebernahme der Zins- und Amortisationszahlungen** der bereits bestehenden belgischen und französischen Reparationsanleihen für Deutschland vorsieht, der französischen Bevölkerung als einzige Möglichkeit hinzustellen, die geschuldete Summe zu erhalten oder ob noch andere unbekannte Gründe vorliegen. Es kann jedenfalls festgestellt werden, daß neben dieser Strömung die **Anhänger** einer internationalen Anleihe an ihrer Auffassung **festhalten**. Die Blätter der radikalen bürgerlichen Linken, wie „Oeuvre", und Blätter des Blocks der Linken, wie z. B. der „Quotidien", treten nach wie vor für die internationale Anleihe ein.

Im „Quotidien" veröffentlicht heute früh der Abgeordnete **Herriot** einen Artikel unter der Ueberschrift: „Lassen sich der französische und der deutsche Standpunkt vereinigen?", der energisch **für** eine internationale Anleihe eintritt und an Hand der letzten Reichstagsrede des Abgeordneten **Hermann Müller** darzulegen versucht, daß eine **Einigung** zwischen der Auffassung der deutschen und französischen Kreise **sehr wohl denkbar** sei.

Gemeinsames Ententevorgehen.

Paris, 19. Mai. (WTB.) Der Brüsseler Berichterstatter des „Petit Parisien" berichtet über die Haltung, welche die **belgische** Regierung den Alliierten gegenüber der zu erwartenden deutschen Note einzunehmen empfiehlt. In Brüssel wünsche man, daß interalliierte Verhandlungen zum Zwecke des **Meinungsaustausches** zwischen den verschiedenen Kabinetten nach Eingang der deutschen Note stattfänden. Die Antwort an Deutschland solle dann nicht mehr ausschließlich eine französisch-belgische sein, sondern soweit wie irgend möglich eine **gemeinsame Antwort** der Alliierten. Auf alle Fälle solle sie aber von Frankreich, Belgien und Italien **gemeinsam** erwogen werden.

Ein Streit um die Beute.

Paris, 18. Mai. (Eca.) Die gestrige Sitzung des vereinigten Finanzausschusses und des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Kammer wird in hiesigen politischen Kreisen lebhaft besprochen. Die Ausführungen des französischen Finanzministers **de Lasteyrie** wurden dahin ausgelegt, daß die im Ruhrgebiet **beschlagnahmten Werte dem französischen Schatz** zugute kommen würden. Aber bereits in der gestrigen Sitzung der Kommission wurde festgestellt, daß diese Auffassung **irrig** ist. Der Finanzminister hat selbst zugegeben, daß die beschlagnahmten Werte der **Reparationskommission** zugeführt werden müßten. In der Tat besteht bei der Reparationskommission ein besonderes Konto für den Ertrag aus der Ruhrbesetzung. Ueber diese Tatsache geht die heutige französische Presse mit Stillschweigen hinweg, obwohl bereits gestern mehrere Abgeordnete der Rechten diese Einwendungen gegen die Ausführungen Poincarés und de Lasteyries erhoben hatten. Der „Temps" von heute bemüht sich, zu beweisen, daß die Ruhrbesetzung Frankreich nichts kosten würde. Demgegenüber steht fest, daß über die Verteilung der Summen, die die Reparationskommission aus der Ruhrbesetzung erhalten hat, noch keinerlei Entscheidung getroffen ist und daß z. B. das **englische** Kabinett der Ansicht sein soll, daß die Kosten der Ruhroperation Frankreich und Belgien zur Last fallen, der Ertrag der beschlagnahmten Werte jedoch der **Gesamtheit** der Alliierten zugute kommen müßte.

Die Beute aus den Anilin-Fabriken.

Paris, 19. Mai. (EP.) Der „Matin" teilt mit, daß die in der **Badischen Anilin- und Sodafabrik** beschlagnahmten Mengen über die hinausgehen, die Deutschland den Alliierten schulde. Der **Ueberschuß** wird wahrscheinlich an das Ausland verkauft werden. Die Operation der Beschlagnahme sei bis ins kleinste vorbereitet gewesen und zwar unter der persönlichen Kontrolle von **Tirard**, dem französischen Oberkommissar im Rheinland. Es seien dazu besonders ausgebildete Arbeiter und Techniker herangezogen worden, die schon bei der Kontrolle der Alliierten nach dem Waffenstillstand tätig waren und dadurch die Fabrikanlagen genau kannten.

Ein Sieg an der Saar.

Von **W. Kimmritz** (Saarbrücken).

Das erbitterte Ringen zwischen dem französischen Grubenfiskus und den beiden Bergarbeiterorganisationen endete für diese mit einem **durchschlagenden Erfolg**. Wohl nur selten arbeitete ein Gegner mit solchen Mitteln, wie sie von der französischen Grubenverwaltung zur Anwendung gebracht wurden. Massenentlassungen, Werkwohnungskündigungen, militärischer „Schutz", Streikbrecherköderung, Entziehung der Knappschaftskassenrechte blieben sämtlich ohne den gewünschten Erfolg. Da kam der Bedrängten die **Saarregierung** zur Hilfe und schuf die unrühmlichst bekannte „Notverordnung zum Schutze der Ruhe und Sicherheit im Saargebiet", deren reaktionäre Tendenz selbst in den Ententeländern erkannt und scharf verurteilt wurde. Mit 5 Jahren Gefängnis und 10 000 Frank Geldstrafe bedrohte sie jeden, der „verschiedene Teile der Bevölkerung gegeneinander öffentlich aufreizt". **Versammlungsverbote** und die Auflösung von Vereinigungen wurde angedroht in denjenigen Fällen, wo bei den Behörden die Besorgnis bestand, daß die in der Verordnung verbotenen Handlungen stattfinden **könnten**! Jedoch auch die Wirkung dieser Verordnung war gleich Null. Sie rief nur einen Sturm der Entrüstung überall dort in der Welt hervor, wo man sich noch den Sinn für wahre Freiheit und Demokratie bewahrt hat.

Da glaubte die Grubenverwaltung ihren gefährlichsten Sterich gegen die Streikenden führen zu müssen. Die scheinbar seit längerer Zeit im Geheimen in ihren Diensten stehenden langjährigen Angestellten des Bergarbeiterverbandes **Krämer** und **Becker** sprangen während der kritischsten Phase des Kampfes ab und schlugen sich auf die Seite der Grubenverwaltung. Obwohl im Saargebiet bereits der „Saarbund", eine frankophile Vereinigung aller Berufsgruppen, bestand, der auch ein „Zentralorgan der Bergarbeiter" angegliedert war, gründeten die beiden Renegaten flugs noch einen neuen Verband, den „Verband der Saarbergarbeiter".

Die beiden Deserteure waren im Saargebiet keine unbeschriebenen Blätter. Becker hatte beispielsweise bei dem Einzug des französischen Militärs in Saarbrücken 1919 in einer Versammlung erklärt, das französische Militär bringe uns die ersehnte Freiheit, und Krämer hatte 1922 bei den Wahlen zum Landesrat eine **Zeitung gegründet**, deren kostspielige Finanzierung ihm, nach seiner Angabe, durch eine Zuwendung eines argentinischen Onkels (!) ermöglicht wurde. Schon damals pfiffen die Spatzen von allen Dächern die wirkliche Wahrheit. Noch heute muß man sich fragen, ob die Duldsamkeit des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes gegen diese Leute nicht doch zu weit ging.

Krämer und Becker stürzten sich nach ihrer, auf Befehl der Grubenverwaltung erfolgten Abtrennung auf die Zertrümmerung der Front der Streikenden mit einem Eifer, der wahrlich einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Fast Nacht für Nacht **durchrasten französische Automobile** die **Bergmannsdörfer** und überschwemmten die Orte mit Flugblättern, in denen in drohenden und bittenden Worten zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert wurde, da der Streik ein politischer und außerdem längst verloren sei, daß erst nach Aufnahme der Arbeit verhandelt und dann ausreichende Zugeständnisse gemacht würden. Dieser verräterische Streich ließ in der Tat auf einige Augenblicke die Organisationen bis in ihre Grundfesten erzittern. Aber nur einige Augenblicke, dann war die Gefahr endgültig gebannt. Das Vertrauen der Massen zu ihren bewährten Führern erwies sich als die weit stärkere Macht. Nach krampfhaften Anläufen gaben Krämer-Becker die Partie, bei der sie um die Organisationssprengung und den Streikzusammenbruch spielten, verloren. Entschlossener denn je führten die Bergarbeiter ihren Streik. Die Ernte der beiden Verräter war nur ein vieltausendstimmiges Pfui ihrer ehemaligen Kameraden.

Kaum war auch dieser heimtückische Angriff abgeschlagen, als die Helfershelferin der Grubenverwaltung, die Saarregierung, zu einem neuen gefährlichen Schlage ausholte. Sie **raubte** durch eine Verordnung vom 2. Mai kurzerhand das **Recht des Streikpostenstehens** und setzte die Bestimmungen des berüchtigten § 153 der deutschen Gewerbeordnung aus der Zeit des kaiserlichen Regiments in Kraft. Bezeichnend war die Erklärung des Regierungspräsidenten, daß er in seiner Eigenschaft als **französisches** Regierungsmitglied **von der französischen Regierung aufgefordert** worden sei, unter **allen** Umständen die ungehinderte Ausbeutungsfreiheit der Saargruben wiederherzustellen. Außerdem hätten 6000 Bergarbeiter (!) durch die Grubenverwaltung von der französischen Regierung mehr Arbeitswilligenfreiheit gefordert. Und, obwohl von den 72 000 Streikenden in den vierzehn Streikwochen keine einzige nennenswerte Ausschreitung begangen wurde, dagegen den wenigen **Arbeitswilligen allein 4 Morde und Mordversuche**, begangen an Streikenden, nachgewiesen worden waren, trug die Regierungskommission diesen Wünschen durch Einführung der Ausnahmeverordnung prompt Rechnung.

Aber, trotzdem die bösen Streikposten nun von den Straßen fortgefegt waren, ließ sich bis zur Beendigung des Streiks auch nicht ein einziger von den angeblich 6000 arbeitswilligen Beschwerdeführern auf den Gruben sehen!

Nach dem Versagen auch dieses Mittels, von dem man sich einen besonderen Erfolg versprochen hatte, da sämtliche Grubenlaternen geputzt und alle sonstigen Vorbereitungen für

die Wiederanfahrt bis ins kleinste getroffen worden waren, blieb eigentlich der Grubenverwaltung und der Regierungskommission als allerletztes Mittel nur der nackte Gewaltstreich, die Verhängung des Belagerungszustandes, die Auflösung der Gewerkschaften, die Beschlagnahme ihrer Kassen und die Ausweisung ihrer Führer übrig. In diesen sauren Apfel wollte jedoch die Regierungskommission nur recht ungern beißen, weil bereits die übrige Welt ihre Blicke immer aufmerksamer auf das hier ausgeübte „Freiheitsregiment" zu richten begann.

Die eiserne Ruhe der Streikenden machte der Regierung die restlose Durchführung der ihr von Frankreich übertragenen Aufgabe reichlich schwer. Die KPD.-Anhänger forderten aber in völliger Verkennung der Sachlage die sofortige Proklamierung des Generalstreiks! Wie bequem hätte die Regierung in diesem Falle durch Verhängung des Belagerungszustandes, für den sie ihre Vorbereitungen schon in der zweiten Streikwoche getroffen hatten, den Streik gewaltsam niedersäbeln können. Die große Majorität der Bezirkskonferenz lehnte jedoch verständigerweise solche Ratschläge ab.

Die französische sowohl wie die saarländische Regierung hatten sich überzeugt, daß alle ihre Gewaltmaßnahmen unwirksam bleiben mußten, weil sich die Arbeitskraft eben nicht kommandieren läßt. Am 12. Mai lud die Grubenverwaltung die Organisationen zu Verhandlungen ein.

Wochenlang hatte die Grubenverwaltung folgende Bedingungen für die Beilegung des Streiks vertreten: Keine über das ab 5. Februar gewährte Zugeständnis hinausgehende Lohnregelung, mit den Organisationen wird nicht verhandelt sondern nur mit den Arbeitern; erst Wiederanfahrt, dann Verhandlung: wer entlassen ist, ist entlassen. — Demgegenüber stellen die nachstehenden, im Auszug wiedergegebenen Vereinbarungen vom 12. Mai einen durchschlagenden Erfolg der Bergarbeiterorganisationen dar:

1. Löhne.

(Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Löhne vor dem Streik)

a) Hauerdurchschnittslöhne

Gedingel.	feste Zulage	50 prozent. Znl.	Gesamtverdienst
10,— (10,—) Fr.	6,— (3,—) Fr.	5,— (3,—) Fr.	21,— (16,—) Fr.

b) Hauermindestlöhne

8,30 (8,50) Fr.	6,— (3,—) Fr.	4,15 (2,55) Fr.	18,45 (14,05) Fr.

c) Schichtlöhne unter Tage

	Richtlohn	Teuerungszulage	Gesamtverdienst
Gruppe I	9,25 (8,50) Fr.	11,— (6,—) Fr.	20,25 (14,50) Fr.

d) Schichtlöhne über Tage

Gruppe I	8,25 (7,50) Fr.	10,50 (6,—) Fr.	18,75 (13,50) Fr.

Hierzu kommen bis zu 10 Proz. Verantwortungs- und bis zu 12 Proz. Handwerkerzulage.

Ferner Frauen- und Kinderzulagen von 1 Frank pro Schicht wie bisher.

2. Wiederanlegungen.

Wegen der Teilnahme am Streik oder wegen Ausübung gewerkschaftlicher Funktionen, die die Organisationen den Belegschaftsmitgliedern übertragen haben, finden keine Maßregelungen statt.

Die Wiederanlegung kann nur nach und nach erfolgen, je nachdem der technische Betrieb dies zuläßt.

Zustehender Urlaub kommt bei Hinauszögerung der Wiedereinstellung in Anrechnung.

3. Sonstige Vereinbarungen.

Wohnungsräumungsklagen sowie Kündigungen von Miet- und Pachtverträgen werden bei Wiedereinstellung zurückgezogen.

Die in Abzug gebrachte Kontraktbruchstrafe von 6 Schichten Lohn wird den Wiedereingestellten zurückerstattet.

Bis in 10 Tagen wird ein Lohnvorschuß gewährt.

Die Ausgabe von Kohlenkarten für den Bezug von Deputatkohle wird beschleunigt.

Diesem Verhandlungsergebnis stimmten zwei Revierkonferenzen der beiden Bergarbeiterorganisationen am 14. Mai einmütig zu. Am 15. Mai wurde daraufhin die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Zwar sind nicht alle gestellten Forderungen, besonders bezüglich des Lohnes, restlos durchgedrückt worden, aber hier erwies sich der niedrige Lohn in Lothringen und der dort nach achtwöchiger Dauer zusammengebrochene Streik als arger Hemmschuh. Ueber die Lothringer Lohnsätze war einfach nicht hinauszukommen.

Wenn man die beiden Lohnkämpfe in Lothringen und im Saargebiet miteinander vergleicht, dann springen hauptsächlich die Unterschiede bezüglich der organisatorischen und finanziellen Rüstung ins Auge. In Lothringen überwiegt das Element der Unorganisierten, im Saargebiet strömten die letzten Außenseiter kurz vor Ausbruch des Kampfes den Organisationen zu. In Lothringen bei Beginn des Kampfes kein Streikfonds infolge der unzulänglichen Verbandsbeiträge, im Saargebiet ein Kampffonds, der für mehrere Wochen ausreichte. In Lothringen die zweifelhafte Hilfe der schwachen und sich durch ewige innere Kämpfe zerfleischenden französischen Gewerkschaftsbewegung, im Saargebiet die kräftige Rückendeckung und Stütze der mächtigen deutschen Großgewerkschaften mit ihrem gut funktionierenden gewaltigen internationalen Apparat. Diese Unterschiede erklären besser als alle anderen Gründe den so ungleichen Ausgang der beiden Kämpfe. Die Niederlage der Bergarbeiter in Lothringen wird sich in einen Erfolg verwandeln, wenn diese aus dem Kampfe die notwendige Lehre ziehen.

Die armen Industriellen.

München, 19. Mai. (TU.) Der Bayerische Industriellenverband hat gegen den vorläufigen Entwurf eines Brotversorgungsgesetzes für das Wirtschaftsjahr 1923/24 Einspruch erhoben mit der Erklärung, man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Referentenentwurf ein überaus geringes Verständnis für die Not der Wirtschaft zeige. Die Kundgebung des Industriellenverbandes stellt die Frage, ob nicht parteipolitische Einflüsse am Werke sind, um unter dem Deckmantel der Verbilligung des Brotes für die mittellosen Volksschichten dem großen Ziele der Enteignung der besitzenden Klassen näherzukommen.

Diese fürchterliche Angst der bayerischen Industriemagnaten bezieht sich nicht etwa auf die Bezahlung der Reparationssummen, die ja auch einmal kommen wird, sondern auf die Absicht der Regierung, einmal den Betrag der Zwangsanleihe für die Brotverbilligung einzuziehen. Es ist erstaunlich, daß sich die Herrschaften nicht schämen, solche Erklärungen in die Welt zu setzen, die die ganze kurzsichtig-beschränkte und vaterlandslose Gesinnung dieser Kreise in bengalischer Beleuchtung zeigt. An diese Leute dachte wohl Stresemann, als er mit deutlicher Anspielung reklärte, es sei wichtiger, etwas vom Besitz zu opfern als deutsches Land. Wenn jetzt die Industriellen, die bisher jeder deutschen Regierung die Gefolgschaft verweigert haben, auch der diskontofähigen des Herrn Cuno, schon bei dieser Lappalie von „Not der Wirtschaft" an zu reden fangen, dann sind die Aussichten für eine wirkliche Begleichung der Reparationsfrage und eine Befreiung des Ruhrgebietes vorläufig allerdings wohl noch nicht sehr groß.

Ausklang in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 18. Mai. (WTB.) In seinen Dankesworten an die Teilnehmer des Fackelzuges führte der Reichspräsident, dem wiederholt lebhafte Kundgebungen dargebracht wurden, aus, was wir von den Vätern ererbt hätten, müßten wir in schwerem Kampfe um unser Dasein erwerben, um es zu besitzen. Hart seien die Nöte der Zeit, aber fest doch unsere Zuversicht, daß das so schwer Errungene uns bleiben müsse und bleiben werde, daß die deutsche Einigkeit, das Deutsche Reich, bestehen bleibe, und mit ihm eine freie deutsche Zukunft. Dem Vaterlande und seiner Erhaltung alle unsere Kräfte zu weihen, einig und fest zusammenzustehen gegen alle Anschläge unserer Gegner, gelobten wir auch hier in dieser, dem Gedenken der Väter geweihten Stunde.

Das Deutschlandlied wurde im Laufe des Abends mehrmals von der begeisterten Menge gesungen. Auch die kurze, aber warmherzige Ansprache des Präsidenten des deutschösterreichischen Nationalrats, Seitz, der wieder die feste Zuversicht auf eine endliche Vereinigung beider Länder zum Ausdruck brachte, fand lebhaften Beifall.

Kurz nach 10 Uhr erfolgte die Rückreise des Reichspräsidenten und der übrigen Berliner Gäste im fahrplanmäßigen Zuge nach der Reichshauptstadt.

Die im heutigen Morgen-„Vorwärts" veröffentlichte Rede des Reichspräsidenten ist in der Paulskirche gehalten worden, nicht bei der Veranstaltung am Vormittag.

Echo in Wien.

Wien, 18. Mai. (WTB.) Zu Beginn der Sitzung des Bundesrates hielt der Vorsitzende Rehrl folgende Ansprache, die von dem Hause stehend angehört wurde:

Ein ernster Gedenktag des deutschen Volkes wird heute begangen. Am 18. Mai 1848, also vor 75 Jahren, ist unter starker Anteilnahme, ja geradezu unter Führung Oesterreichs, in Frankfurt am Main das erste deutsche Parlament zusammengetreten und damit der erste große Schritt zur Demokratie geschehen. Wenn auch bis zur vollen Verwirklichung der deutschen Ziele seit jenen Tagen noch viele andere Wege gegangen werden mußten, und auch die Hoffnung die auf diese Nationalversammlung gesetzt wurde, nicht verwirklicht werden konnte, so ist doch dieser Tag, an dem sich zum ersten Male die Vertreter des gesamten Volkes versammelt hatten, um in schwerer Zeit dem Schicksal der Nation selbst die Wege zu weisen, eine Herzenssache für uns Deutsche und die Republik Oesterreich geblieben. An der heutigen Gedenkfeier, zu der sich aus dem österreichischen National- und Bundesrat Mitglieder aller großen Parteien nach Frankfurt begeben haben, nimmt auch der Bundesrat innigsten Anteil. Mögen unsere Stammesbrüder im Reich aus den Erinnerungen der Vergangenheit in ihrer jetzigen Not und Bedrängnis Trost schöpfen und Mut und Kraft gewinnen zum Aufbau einer glücklichen, des deutschen Volkes würdigen Zukunft. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Ludendorff-Bauerschen Umtriebe.

München, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht. Die „Münchener Post" veröffentlicht Auszüge aus einem Briefe des österreichischen Generals der Infanterie Alfred Krauß, die grelle Streiflichter auf die Ludendorff-Bauerschen Umtriebe in Oesterreich werfen. So heißt es in dem Briefe über Oberst Bauer, den Vertrauensmann Ludendorffs, daß er sich an die Feinde des Deutschtums bindet, um seine Pläne, die auf eine bayerisch-österreichisch-ungarische Union unter Wittelsbach und Loslösung Süddeutschlands vom Reich hinzielen, durchzusetzen. Deshalb sollte Oesterreich auf das Burgenland verzichten. General Krauß sagt über Bauer, daß er eine Einheitsfront gegen „rot" bilden wollte, die ausschließlich im Gegensatz zur Arbeiterschaft und ihrer Parteiwehr stehe, den blutigsten Bürgerkrieg herbeiführen müßte, wenn sie wirksam werde würde. Krauß sagt dann weiter: „Ich muß auf Grund meiner Erfahrungen dem Oberst Bauer jede Eignung für eine führende Tätigkeit in Oesterreich absprechen und halte ihn für den schwersten Schädling des deutschen Volkes in Oesterreich."

Charakteristisch für Oberst Bauer ist, daß er gleichzeitig mit seiner Agitation gegen den Bolschewismus in Nr. 1 der russischen Zeitschrift „Krieg und Frieden" einen Artikel veröffentlicht und somit durch Mitarbeit an der kriegswissenschaftlichen Zeitschrift der Roten Armee eine Vielseitigkeit zeigt, die schon während seiner früheren Tätigkeit während des Krieges so unglückliche Ergebnisse für Deutschland zeitigte. Das ist ein trauriges Bild aus der Praxis der Zweifronttheorie völkischer-nationalaktivistischer Kreise, die von deutscher Würde überschäumen.

Französischer Flugzeugführer verhaftet. Bei Schwaig (Mittelfranken) landete Freitag abends ein französisches Flugzeug wegen Motordefekts. Der Flugzeugführer wurde von der Ortspolizei in Haft genommen. Der Passagier, ein Tschechoslowake, durfte die Reise fortsetzen. Das Flugzeug war bei der Landung stark beschädigt worden und mußte abmontiert werden. Das Flugzeug kam von Prag. Der Fluggast hatte das deutsche Paßvisum. Die Verhaftung des Führers erfolgte (nach TU.) wegen verbotenen Ueberfliegens deutschen Gebietes. Er bleibt in Gewahrsam, bis eine Verfügung der Staatsregierung eingetroffen ist.

Das Varieté der Besitzlosen.

Von Joseph Roth.

Die Annenstraße ist lang und grausam gleichförmig wie eine schlaflose Nacht. Die Häuser stehen da wie herbefohlen, so herzlos und zweckmäßig, als wohnte man nicht in ihnen, sondern wäre nur einquartiert.

Das ist das Viertel der Besitzlosen und der Fremden. Derer, die von der Schwielenhand in den Mund leben.

Am Wochentagsmorgen schüttet dieser Stadtteil Tausende, Tausende in den Betrieb der Welt. Sie tappen durch den Frühdämmer, Sehnsucht nach abgebrochener Bettruhe in den Gliedern und mit einem Stück Gestern beschwert, das an ihren Kleidern haftet.

Heute aber ist Sonntag. Die grausamen Straßen selbst haben eine Art sauer-süßen Lächelns, wie bei einer vorgeschriebenen offiziellen Feier.

Am Engelufer, in einem Lokal, in dem zu manchen Stunden politische Reden vom Podium auf heiße Köpfe regnen, ist heute Vergnügungsabend, von einem Arbeiterverein veranstaltet.

Die Tür ist schwer und wuchtig wie ein Proletenschicksal. Die Türen zu den Vergnügungsstätten des Westens sind leicht und zuvorkommend und überdies werden sie von einem Mann mit Goldknöpfen und Tressen gehandhabt, den man Portier nennt und der eigentlich ein Automat ist mit einem beweglichen Armhebel zwecks Grüßens und Pfortenöffnens.

Hier ist kein Automat engagiert. Die Garderobezettel sind nicht bunte Konfettischnitzel, sondern haltbarer Pappendeckel. Am Büffett bekommt man Bier und Sodawasser, allerdings auch Schokolade. Aber keine Früchte mit wächsern glasierten Wangen und nicht Süßes mit lockerem Leichtsinnschneeschaum.

Der Saal ist weit und allumfassend. Wenn man in der Mitte steht, dämmern seine Wände wie ferne Horizonte.

Die kleine Bühne ragt quadratisch in den Saal hinein, forciert und absichtlich. Ein schwerer Vorhang aus dunkelrotem Peluche verhüllt Erwartetes, Wunderbares.

Inzwischen trinkt man Bier und Limonade.

An den Tischen sind gesunde, reinliche Menschen. Sie haben Wochentag und Sorge abgewaschen und wollen sich freuen. Sie wollen sich nur freuen. In den Vergnügungsstätten des Westens amüsiert man sich dagegen.

Ritsch! geht der Vorhang auseinander. Die Bogenlampe in der Mitte der Bühne ist mit violettem und rosa Papier bekleidet. So einfach ist das Problem des Stimmungmachens hier gelöst! Im Westen läßt man violette Stimmung aus hintergründlichen Scheinwerfern über Kahlköpfe zischen.

Der Konferenzier ist ein Mann mit einfacher Sprache, er erläutert die Vorgänge und witzelt nicht über sie. Etwas von der Ursprünglichkeit des mittelalterlichen Theaters umhaucht ihn.

Kleine Arbeitermädchen in einfachen, dunklen Kleidern tanzen. Es ist ein Reigen. Ein wirklicher „Reigen" ohne Spur von gemachter Naivität. Es ist so natürlich, daß man tanzt, wenn man sich freut!

Dann Mädchen in leichten Kleidern, aus Tüll und Seide vielfeicht. Violett und rosa. Mit nackten Füßen tanzen sie. Kein brünstiges Lorgnon reckt sich. Es ist so selbstverständlich, barfuß in leichten Kleidern zu tanzen.

Ein junger Mann trägt Walt Whitmen und Nietzsche vor. „An den Mistral." Vielleicht rauschen Wort und Vers an den meisten vorbei wie unbegreiflich schöne Gewitter. Viele lauschen doch. Und ein kleines Arbeitermädel in einer blühweißen Bluse mit rotem Schlips, mit einem süßen, blassen Gesicht, daß Gott am siebenten Tage zu seinem eigenen privaten Sonntagsvergnügen modelliert hat, ist hingerissen zu fremder, unerhörter Seligkeit.

Wenn dann die Tanzmusik spielt — die Operetten des Westens, nach denen immer noch Norden und Osten tanzen —, kehrt die Kleine zurück zur Erde und bewußtem Vergnügen.

Vielleicht sammelt sie morgen, Montag, Eisenabfälle in einer Fabrik zu weiterer Verwertung. Heute noch besteht die Welt aus blühweißer Bluse, Mistral und Walzer.

Am Montag setzt sich die Welt immer aus Eisenspänen zusammen.

Die Große Berliner Kunstausstellung ist heute mittag im Landesausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof eröffnet worden. Sie füllt 29 Säle, von denen die ersten 19 dem Verein Berliner Künstler eingeräumt sind; in den Sälen 20 bis 23 hat der Bund deutscher Architekten eine Abteilung für angewandte Kunst eingerichtet und in 24 bis 29 entfalten sich die Stürmer und Dränger der Novembergruppe. Der Verein Berliner Künstler, der die Sammelstelle für absterbende Kunstrichtungen bildet und dem es daher am Nachwuchs fehlt, hat seine Abteilung dadurch etwas interessanter gestaltet, daß er einige seiner wertvolleren Mitglieder mit Kollektionen aufmarschieren ließ. So den verstorbenen Loeschen (Saal 11), Hans Baluschek (4), Georg Oehme-Dresden (6), Schlichting (7), Heilemann (11) und die Plastiker Ernst Wenck (2) und Otto Placzek (9). Auch sonst findet sich hier immerhin manches Erfreuliche: Gemälde und Zeichnungen von Oesterle (8 und 19a), Wildhagen (18), Sandkuhl (19), Pfitzner (14), feine Kleinplastiken des Gaul-Schülers Heynen-Dumont (19c) u. a. Schlimm sind — abgesehen von dem unvermeidlichen indiskutablen Kitsch — die „Surrogatkünstler", die entweder Expressionismus-Ersatz liefern oder sich im Kopieren berühmter Meister betätigen. Unter den letzteren wirkt ein Herr Paul A. Weber aus Thüringen besonders belustigend, von dem in Zimmer 19 eine ganze Galerie täuschend nachgeahmter Hodlers zu sehen ist.

Den Hauptanziehungspunkt der Ausstellung dürfte die Abteilung für angewandte Kunst bilden mit Keramiken der Velten-Vordamm G. m. b. H. (20c), Messingarbeiten von Otto Schnitzer (20c), Kunstschmiedesachen von Schramm (20c), Holz- und Bauplastiken von Otto Hitzberger (20c), Mosaiken der Vereinigten Werkstätten Puhl u. Wagner, Gottfried Heinersdorff (20f), Wohnungseinrichtungen, Stoffen, Teppichen, Tapeten der Deutschen Werkstätten (21), Theaterkunst von Herm. J. Kaufmann, Ernst Stern, Emil Pirchau (22) und den drei originellen „Raumideen" des Architekten Nachtlicht (23), die den Beweis liefern sollen, daß die Raumstimmungen sich im wesentlichen nur durch Veränderungen der Höhe modifizieren.

In der Novembergruppe fällt das Vorherrschen der sogenannten absoluten Kunst auf, der gegenüber die gegenständliche Malerei und Plastik fast ganz in den Hintergrund tritt. Die letzte Etappe der Entwicklung wird durch „bewegliche Lichtrhythmen" (28) gekennzeichnet, die künstlich beleuchtete Farbformen in rhythmischem Auf- und Niederschweben zeigen. Einfluß der Russen und — leider — der italienischen Valoriplastici-Richtung ist in den Arbeiten unserer Jüngsten deutlich bemerkbar. Neue Namen von Bedeutung tauchen hier ebenso wenig auf wie im Kreise der Alten, aber die Hebung des allgemeinen Qualitätsniveaus und die Errichtung neuer Ziele zeigt, daß die Entwicklung rüstig vorwärts und aufwärts schreitet.

Soviel für heute über den Eindruck, den ein erster flüchtiger Rundgang hinterläßt. Auf interessante Einzelheiten der Ausstellung soll ausführlicher eingegangen werden. J. S.

Trianon-Theater: „Walzer". Komödie von Georg Kuttner. Es handelt sich alles in allem um die Laune einer schönen und verwöhnten und natürlich auch eitlen Frau, deren Gatte sich in ihrem Besitz allzu sicher wähnt und von ihr nun eine ziemlich drastische Lehre erhält. Trotzdem geht alles gut und mit Anstand ab. Um aber die alte Liebe neu zu leimen, muß einer der Verehrer sein tiefes, heißes Empfinden von der Schönen schmählich mißbrauchen lassen. Der Knoten wird dann durch einen netten Einfall gelöst. Der Verehrer aber, ein junger Komponist, erlöst sich selbst von seiner Enttäuschung und seinem Herzeleid durch die Komposition eines Walzers. (Daher der Titel.) Das Ganze ist sauber und appetitlich gearbeitet, verrät gute Beherrschung der Bühnenwirksamkeiten und geht mit flotten, psychologisch gut gesehenen und mit netten Geistreichigkeiten verbrämten Dialogen vonstatten. Heinz Salfner gibt dem sicheren, scheinbar gleichgültigen, aber auf steter Wacht befindlichen Ehegatten die Züge des überlegenen kühlen und spöttischen Weltmannes, dem aber auch echte Herzenstöne zur Verfügung stehen. Olga Limburg fühlt sich in der Rolle der schön gekleideten und viel verehrten Frau wie immer wohl. Sie ist ganz Dame von Welt, die mit Männerherzen spielt und bis an die äußerste Grenze des Erlaubten geht. Hans Schindler ist der durch die Leichtfertigkeit der Frau aus seiner anbetenden Verehrung zu lichterloh brennender Leidenschaftlichkeit herausgerissene junge Komponist. Die schwierigste Rolle, nicht leicht zu meistern. Der Künstler ist aber auf dem besten Wege, eine Musterleistung daraus zu machen. Die diskrete Linienführung seiner verhaltenen Leidenschaft wirkt außerordentlich sympathisch. Auch spielt er seinen von Lehar komponierten Walzer meisterhaft. Eine famose lebensechte Type ist die Wirtschafterin Iba der Else Ehser. Für die Regie steht Dr. Oskar Kanehl erfolgreich ein. Das Trianon-Theater darf mit dem freundlichen Stück aller Sommersorge enthoben sein. tr.

Erstaufführung der Woche. Mittw. Staatstheater: „Der arme Vetter". **Donnerst.:** Neues Volkstheater: „Der tote Tag".

Urania-Vorträge. Sonntag, Montag, Freitag: „In nordischen Ländern"; Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: „Unser Bilden und wilden Tieren"; Sonnabend: „Aegypten und der Nil".

Die Beamtenbezüge für Mai.

Der Haushaltausschuß des Reichstages genehmigte in seiner heutigen Sitzung die Auszahlung der erhöhten Beamtenbezüge in der mit den Spitzenverbänden vereinbarten Höhe. Die Teuerungszuschläge sind danach für die Zeit vom 1. bis 15. Mai auf 1220 Prozent und vom 16. Mai ab auf 1700 Prozent festgesetzt. Das ergibt eine Erhöhung gegenüber den Februarbezügen von etwa 47 Prozent für den Monat Mai. Das bereits gezahlte dreizehnte Monatsgehalt ist dabei nicht berücksichtigt und wird dadurch auch nicht berührt. Die Frauenzulage wurde von 12 000 auf 16 000 M. erhöht.

Bei den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Spitzenorganisationen der Beamten, die gestern abend im Reichsfinanzministerium über die Neuregelung der Grundgehälter stattfanden, kam es zu keiner Einigung. Die Regierung hat sich daraufhin abends um 11 Uhr entschlossen, gleich nach den Feiertagen von sich aus eine Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften über die neuen Grundgehälter der Beamten gelangen zu lassen. Bis 1 Uhr nachts verhandelte man noch über Fragen der Besoldungstechnik.

Zusammenschluß der deutschen Künstlerschaft

Bei der heutigen Eröffnung der Großen Berliner Kunstausstellung hielt der Minister Boelitz folgende Ansprache:

Vor wenigen Wochen konnte die Preußische Unterrichtsverwaltung die Ausstellung der Akademie der Künste am Pariser Platz eröffnen. Heute liegt mir die Eröffnung dieser, von andern Kreisen der Berliner Künstlerschaft, unter anderen Voraussetzungen und Gesichtspunkten veranstalteten Großen Berliner Kunstausstellung ob.

Daß zwei große Ausstellungen in Berlin innerhalb weniger Wochen dem kunstliebenden Publikum zugängig gemacht werden konnten, ist auch in diesem Jahr wieder ein Zeichen für die Energie, mit welcher die Künstlerschaft auch heute noch unter den besonders schweren wirtschaftlichen Verhältnissen derartige große Unternehmungen durchführt. Die Freude der Kunstverwaltung würde freilich noch größer sein, wenn es endlich gelänge, die ganze Berliner Künstlerschaft, wie dies in anderen Städten der Fall ist, zur Veranstaltung von Ausstellungen zu einer großen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Ich weiß sehr wohl, welche Schwierigkeiten gerade hier in Berlin der Erreichung dieses Zieles entgegenstehen, aber, meine Damen und Herren, sollte wirklich Aussicht zur Bildung einer solchen Arbeitsgemeinschaft vorhanden sein, dann würde ich meine guten Dienste gern anbieten!

Schon in naher Zukunft werden die Verhältnisse den ergoffenen Zusammenschluß der Künstlerschaft mehr als je erfordern. Das gilt nicht nur für Berlin oder für Preußen, sondern für Deutschland überhaupt. Fragen, wie etwa die Beteiligung der deutschen Künstler an Ausstellungen im Auslande, Beschaffung von Arbeitsmaterial für hervorragende, aber in Not befindliche Künstler, Behebung der Ateliernot u. a. mehr, verlangen nicht nur einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der deutschen Künstlerschaft, sondern auch eine Arbeitsgemeinschaft für künstlerische Angelegenheiten.

Es muß zunächst der Künstlerschaft überlassen werden, die Wege zu finden, die zu diesem Ziel führen; aber gegenüber den vielen berechtigten Klagen der Künstler über die Notlage unserer Zeit darf wohl auch hier auf diesen Weg verwiesen werden. Denken wir daran: Nicht alles ist heute Frage des Geldes, sondern sehr vieles und das Wichtigste ist doch schließlich die Frage der Idee, des Geistes und des Wissens.

Die Erhaltung des Könnens auf allen Gebieten der Kunst und die Abwehr der Schäden und Gefahren von der deutschen Kunst, die ihr aus der wirtschaftlichen und politischen Notlage als Folge des Krieges und des Versailler Friedens erwachsen, sind das gemeinsame Ziel, zu dessen Erreichung wir uns alle zusammenschließen müssen. Im Dienste dieses Gedankens steht die ganze Arbeit der Kunstverwaltung auf dem Gebiete der Fürsorge für das künstlerische Bildungswesen, im Dienste dieses Gedankens steht auch die Arbeit, die die Künstlerschaft unverdrossen und zielsicher durch Veranstaltung ihrer Ausstellung leistet.

Ich bin gewiß, daß die Große Berliner Ausstellung auch jetzt wieder im vollsten Umfange diesen Gedanken zum Ausdruck bringt, und wünsche ihr den besten Erfolg.

Das landwirtschaftliche Ruhrhilfswerk.

Wie der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft mitteilt, sind vom 29. Januar bis zum 12. Mai insgesamt von der Landwirtschaft an Lebensmitteln unentgeltlich an das Ruhrgebiet geliefert worden: 579 773 Zentner Kartoffeln, 190 017 Zentner Getreide, 46 189 Zentner Mehl, 5798 Zentner Hülsenfrüchte, 1759 Zentner Zucker, 6224 Zentner Fett- und Fleischwaren, 1268 Zentner Butter, 22 322 Zentner verschiedene Lebensmittel, 1613 Stück Vieh, 87 636 Stück Eier. Diese Mengen füllten 3361 Waggons. Davon waren bis zum 12. Mai etwa 2200 Waggons, das sind zwei Drittel der Gesamtmenge, bereits als angekommen bestätigt worden. Um eine gleichmäßige Verteilung für Rhein- und Ruhrgebiet, alt- und neubesetztes Gebiet zu erreichen, sollen außer der bisherigen Sammelstelle in Minden weitere Sammelstellen in Frankfurt und Köln eingerichtet werden.

Die Krankheit Bonar Laws.

London, 15. Mai. (WTB.) Reuter meldet, daß Gerüchte, daß Bonar Laws Rücktritt aus Gesundheitsrücksichten bevorstehe, wieder allgemein in Umlauf gekommen seien. In zuständigen Kreisen glaube man, daß diese Gerüchte sehr übertrieben seien. Die Beschwerden in der Kehle besserten sich nur langsam, sein allgemeiner Gesundheitszustand sei ausgezeichnet. „Daily Mail" will wissen, daß Bonar Law heute aus Paris nach London zurückkehren werde. Der politische Berichterstatter des Lloyd George nahestehenden „Daily Chronicle" schreibt, die Gerüchte über Bonar Laws Unpäßlichkeit seien eine „bedauernswerte Erinnerung an die ungewisse Lage, auf der die Stabilität des Ministeriums ruhe". Allgemein werde in politischen Kreisen angenommen, daß Bonar Laws Rücktritt im Juli erwartet werden könne.

Der Konflikt mit Rußland.

Moskau, 19. Mai (Russ. Telegr.-Agentur.) Die Zeitungen schließen aus den Debatten im englischen Parlament, daß der ultimative Charakter der englischen Forderungen bestehen bleibe, ebenso wie die Unlust, mit Rußland als mit einem gleichwertigen Staat zu verhandeln. Unter diesen Umständen bleibe auch die Möglichkeit des Konfliktes bestehen. Die „Iswestija" schreiben, daß die Sowjetrepubliken zu Unterhandlungen bereit seien, aber unter keinen Umständen jemandem gestatten werden, ihnen seinen Willen aufzuzwingen. Das Blatt zweifelt überhaupt daran, ob England zu einer wirklichen Verständigung kommen will. — „Iswestija" kommentieren auch die Depeschen, die der italienische Vertreter in Moskau, Amadori, nach Rom gesandt haben soll, und in denen von inneren Komplikationen in Rußland die Rede ist und von einer etwaigen Abberufung nicht nur der englischen, sondern auch der italienischen Mission und der Möglichkeit einer militärischen Intervention gegen Rußland. Sollten diese Telegramme echt sein, so sei das ein Zeichen dafür, daß die Curzon-Rede einen Teil eines ausgedehnten, vielleicht allgemeinen und militärischen Interventionsplanes gegen Rußland bilde. Die italienische Regierung habe keine Ursachen zu agressiven Maßnahmen. Das Blatt will daher vorläufig keine Folgerungen ziehen und weist darauf hin, daß offizielle Erklärungen wünschenswert erscheinen.

Pfingstwucher.

Wie in Anbetracht der vorherrschenden Händlermoral zu erwarten war, hat auf dem Lebensmittelmarkt in Erwartung des Pfingstfestes und der dadurch allgemein gesteigerten Bedürfnisse sich die Preisschraube wieder einmal erheblich nach oben gedreht. Für unser Händlertum, das seit dem letzten höchsten Dollarstande praktisch in keiner oder nur lächerlich geringer Weise Preisabbau getrieben hatte, kommt der Dollarsturz der letzten Tage als erfreulicher und begrüßter Vorwand, um Wucher in übelstem Sinne zu treiben und so das Pfingstfest der kleinen Leute zu einer wirtschaftlichen Katastrophe zu gestalten.

Unser Mitarbeiter, der in verschiedenen Läden des alten Westens in den letzten Tagen öfters die Preisschraube beobachtete, stellte folgende Preiserhöhungen innerhalb der letzten zwei Tage fest: Es stiegen: das Pfund Margarine von 4400 auf 6000 M. die Butter von 8800 auf 10 500 M., Spargel von 2800 auf 3500 M., Eier von 460 auf 500 und höher. Das Fleisch wurde durchschnittlich in den zwei letzten Tagen um 2000 bis 2500 M. im Preis für das Pfund höhergeschraubt; einfache Fische um 1200 bis 1800 M. Das alles in zwei Tagen und größtenteils bei Waren nachweisbaren alten Bestandes und Einkaufs. So wurde z. B. heute morgen für den neuen Preis Margarine — angeblich frisch hereingekommen — verkauft, die kurz darauf bei der Reklamation der Händler zurücknahm, weil die Margarine schon einen Stich hatte und — ranzig war! Das hindert jedoch alles die Preisschraube nicht, wie es ebensowenig die „Moral" dieser zweifelhaften Zeitgenossen berührt.

Ein sprechendes Beispiel für die Rücksichtslosigkeit in einem leider sehr großen Teil der Berliner Händlerwelt und ein treffender Beweis für die wieder sich erhebende Wucherwelle. Rücksichtslosestes Eingreifen ist geboten und allgemeine Pflicht!

Pfingst-Großverkehr.

Die pfingstliche Reiselust hat gestern und heute in einem bisher ganz ungewohnten Maße eingesetzt. Der Ansturm auf die Bahnhöfe, besonders auf den Anhalter und Stettiner Bahnhof nahm geradezu ungeheuerliche Formen an. Die Ströme der Reisenden konnten nur mit Mühe von den Beamten in die bereitstehenden Züge dirigiert werden. Vor-, Haupt- und Nachzüge verkehrten nach allen Hauptrichtungen. Die ungünstigen Wetterprognosen für die Pfingsttage scheinen die Reiselust in keiner Weise hindernd beeinflußt zu haben. Man will eben noch vor Eintritt der neuen Fahrpreiserhöhung, die das Reisen für einen großen Teil der Bevölkerung zur Unmöglichkeit machen dürfte, einen einmal gefaßten Reiseplan ausgeführt haben. Ein Beweis dafür ist, daß selbst die Züge nach weiter entfernt liegenden Zielen, die über den Rahmen eines bloßen Pfingstausfluges hinausgehen, überfüllt waren. A. a. mußte gestern abend der D-Zug nach Wien wegen Ueberfüllung gesperrt werden.

Wer „Pech"-Emil anfaßt . . .

Festnahme einer Diebesfamilie.

Im Oktober vorigen Jahres wurden einem gewissen Schwanholm in einer Pension in der Schlüterstraße für viele Millionen Schmuck- und Wertsachen gestohlen. Nach langen Ermittlungen gelang es jetzt Kriminalkommissar Galzow und seinen Beamten der Dienststelle B. II. 1 die Diebe zu ermitteln und festzunehmen.

Ein gewisser Joe Diener, der mißratene Sohn einer achtbaren Familie, die ihn verstoßen hat, wurde beobachtet, als er eine Perlenkette zum Verkauf anbot, und verhaftet. Er gab auch die Teilnahme an dem Diebstahl in der Pension zu und bekannte, daß die Beute von ihm und einem 26 Jahre alten Paul Matiossick zu dessen Mutter nach der Wohnung in der Kantstraße gebracht worden war. Eine Durchsuchung dieser Wohnung förderte weitere Diebesbeute zutage. Die Räume waren sogar mit wertvollen gestohlenen Teppichen ausgelegt, die man noch nicht hatte verkaufen können. Frau Matiossick, die über die Diebereien ihres Sohnes unterrichtet war, wurde festgenommen. Auch ihre Tochter Rosa wurde, im Begriff, ins Ausland abzureisen, im letzten Augenblick noch auf dem Anhalter Bahnhof aus dem Zuge heraus verhaftet. Paul Matiossick, ein leidenschaftlicher Spieler, war nicht zu finden. Er hatte sich nach der Verhaftung seines Spießgesellen Diener mit einem gewissen Emil Oberski zusammengetan. Dieser ist in seinen Kreisen unter dem Spitznamen Pech-Emil bekannt, weil er bisher immer noch jedesmal beim ersten Streich abgefaßt worden war. Matiossick mußte seinen Schüler, der ziemlich abgerissen aussah, vor allem erst in eine bessere Kluft stecken. Sich dafür die Mittel zu verschaffen, war der Zweck eines neuen Einbruchs in der Schlüterstraße. Hierbei aber wurden beide gefaßt, und Matiossick bedauerte nun doch, sich mit dem Pech-Emil eingelassen zu haben. Die ganze Gesellschaft ist geständig. Sie wurde nach Moabit gebracht. Mitteilung zur weiteren Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Galzow im Polizeipräsidium entgegen.

Wie ein Pastor am Grabe agitiert!

In Niederschönhausen hat der Pastor Collin durch eine Leichenpredigt, die er am Grabe einer „Fichte"-Turnerin hielt, bei Teilnehmern der Trauerfeier peinliches Aufsehen erregt. Wohl im Hinblick auf die Anwesenheit von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte", die mit dem Vereinsbanner gekommen waren, glaubte er, seine eigene Ansicht über Fichte und dessen Stellung zu den Fragen der Religion und der Nation vortragen zu sollen. Nach der uns gegebenen Schilderung fügte er hinzu: „Aber die Jungen von heute wollen ja klüger sein als die Alten". Es ist klar, daß eine so polemische Wendung wie ein Angriff auf die Andersdenkenden wirken muß. Doch der Herr Pastor durfte ungehindert seinem Herzen Luft machen und täuschte sich nicht in seinem Vertrauen, daß niemand durch einen Protest die Trauerfeier stören würde.

Da die Leichenpredigt eines Pastors als gottesdienstliche Handlung gilt, so riskiert jeder, der auf vermeintliche oder wirkliche Angriffe sofort die gebührende Antwort gibt, eine Anklage und Verurteilung. Gerade deshalb aber sollte jeder Pastor bei einer Trauerfeier, von der er annehmen muß, daß auch Andersdenkende an ihr teilnehmen, alles vermeiden, was als Angriff aufgefaßt werden könte. Unser Gewährsmann berichtet, daß viele der Teilnehmer aus dem Verhalten des Pastors eine Lehre gezogen haben, und sagt: „Jedenfalls hat er aber erreicht, daß ein großer Teil der Anwesenden, die noch unentschlossen waren, nun gern auf die Mitwirkung eines Geistlichen bei einem Begräbnis verzichten". So hat ein Pastor am Grabe gegen seine Kirche agitiert.

Damit die Rechnung stimmt.

Den Rentenempfängern werden Beträge, die „überhoben", d. h. über die ihnen zukommenden Gebührnisse hinaus gezahlt sind, hinterher wieder abgefordert. Das läßt sich verstehen von dem Grundsatz aus, daß in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhört und daß bei Zahlungen alles seine Richtigkeit haben muß. Aber weniger verständlich ist, warum Behörden nicht von vornherein dafür sorgen, daß den Rentenempfängern solche unangenehmen Ueberraschungen erspart bleiben. Ein Kriegsbeschädigter schreibt uns, daß er vom Hauptversorgungsamt Berlin ersucht worden ist, einen vor Monaten „überhobenen" Betrag von rund 450 M. zurückzuzahlen. Die Schuld trifft nicht ihn, sondern das Hauptversorgungsamt selber, dessen Kasse ihm mehr gezahlt hatte, als ihm bei einer kleinen „Abfindung" zu zahlen war. Wieviel Arbeit mag darauf verwendet worden sein, die 450 M. für das Hauptversorgungsamt zu „retten"? Es wäre möglich und glaubhaft, daß der Wert dieser Arbeit zehnfach so hoch wie der zurückgeforderte Geldbetrag ist. Der Kriegsbeschädigte hat uns nicht mitgeteilt, auf welche Weise ihm die Zahlungsaufforderung zugestellt wurde. Das Porto, das dabei ausgegeben worden ist, dürfte nicht gering sein.

Unnötige Beunruhigung.

In demselben Augenblick, in dem die städtischen Körperschaften daran sind, der ewigen Beunruhigung und der harten Not der Junglehrer durch grundsätzliche Beschlüsse ein Ende zu machen, droht der vorläufige Friede schon wieder einer neuen Welle von Protesten und Beschwerden weichen zu sollen. Die Ursache hierfür liegt in der Tatsache, daß etliche Bezirksämter soeben den bei ihnen beschäftigten Junglehrern die „Grundsätze für die Annahme, Beschäftigung usw." zugestellt haben, die von der Schuldeputation bereits im Sommer 1921 beschlossen sind und daß die Junglehrerschaft hierin nun irrtümlicherweise eine neue Regelung und Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen erblickt. In Wirklichkeit ist die Schulverwaltung, wie wir erfahren, eben damit beschäftigt, neue Grundsätze auszuarbeiten, in denen die Wünsche der Lehrerkammer wie der Junglehrerschaft weitgehende Berücksichtigung finden sollen. Zu irgendwelcher Beunruhigung und zu Protesten liegt also in diesem Augenblick kein Grund vor. Sowohl die sechswöchige Kündigung bei laufenden Vertretungen (für Zeitvertretungen war schon immer eine 14tägige Kündigungsfrist vereinbart) wie die sonstigen Rechte bleiben der Junglehrerschaft gewahrt.

Der wachsame Hund.

An den „Unrechten" kamen Einbrecher in der vergangenen Nacht auf dem Lagerplatz von Schütz u. Co. an der Bahrfeldtstraße 33 zu Berlin-Sitzalau. Der Hund des Wächters, der Witterung bekam, ohne daß der Wächter selbst in der Dunkelheit die Verbrecher sah, machte sich los, stellte die Eindringlinge und richtete wenigstens einen von ihnen so zu, daß er auf dem Kampfplatze eine große Blutlache hinterließ. Eine starke Blutspur führte auch noch nach der Mauer und diese entlang bis zu der Stelle, wo die Verbrecher wieder hinübergestiegen sind. Der Verletzte hat sich ohne Zweifel irgendwo verbinden lassen. Der Wächter gab noch 3 Schüsse in die Luft ab, es gelang aber nicht, die Fliehenden zu fassen. Angaben zu ihrer Ermittelung nimmt die Kriminalpolizei des 86. Reviers entgegen.

Der Schönste.

Durchdringendes Hundegebell lag über dem Treptower Park. Im Viktoria-Garten gaben sich viele Hunde ein Stelldichein, weil dort der Deutsche Schäferhund-Verband, Ortsgruppe Treptow-Baumschulenweg, eine Pfostenschau und Polizeihundvorführungen veranstaltete. Der schönste deutsche Schäferhund errang sich die handgemalte Ehrenurkunde der Stadt Berlin. Auch galt es, durch Schönheit, einen Wanderehrenpreis zu erkämpfen. Derselbe Hund muß ihn dreimal hintereinander bekommen, damit er in den Besitz seines Herrn übergeht. Jeder Schäferhund eignet sich zum Schutzhund, zum Polizeihund jedoch nur der, welcher eine gute Nase hat. Der wirklich Gutes leistende Polizeihund aber, das sei unseren Prügelpädagogen nur einmal vorgehalten, wird ohne Schläge erzogen. Selbst das Stachelhalsband ist verpönt. Es findet ausnahmsweise einzig bei ganz harten Hunden Verwendung. Natürlich darf der Hund nur in einem solchen Alter in Dressur genommen werden, wo seine Fähigkeiten schon den Anforderungen entsprechen. Man läßt daher die Tiere zumeist ein Jahr alt werden, bevor man sie ausbildet. Von manch einem Hunde der Ortsgruppe Treptow-Baumschulenweg sind bereits Ruhmestaten zu verzeichnen. So wurde in einer Schule eingebrochen, der Diebstahl aber erst nach 20 Stunden entdeckt. Als der Hund angesetzt wurde, nahm er seinen Weg durch die Laubenkolonien bis zum Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße, was in diesem Falle der Polizei vollauf genügte, um des Diebes habhaft zu werden. Auch waren einmal einem Hundebesitzer, der Laubenkolonist ist, junge Obstbäume gestohlen. Der Hund, obwohl noch Stunden angesetzt, entdeckte die Bäumchen innerhalb von 10 Minuten bei einem „getreuen Nachbarn".

Schupo und Presse.

Der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei macht in einer Verfügung darauf aufmerksam, daß Pressevertreter, die sich als solche ausweisen können, bei allen Veranstaltungen von den Polizeibeamten mit besonderer Zuvorkommenheit zu behandeln sind. Es heißt dort: „Die Beamten müssen sich vor Augen halten, daß die Schilderung von Tagesereignissen zum Tätigkeitsgebiet der Presse gehört, und daß es nicht Aufgabe der Polizei sein darf, Pressevertreter in ihrer Tätigkeit zu behindern, sondern, daß sie sie darin zu unterstützen und passieren zu lassen hat, soweit es sich mit dienstlichen Absperrungsmaßnahmen nur irgendwie vereinbaren läßt.

Die Einäscherung des Genossen Waldeck Manasse erfolgt, wie bereits wiederholt mitgeteilt, am morgigen Sonntag um 11 Uhr vormittags im Krematorium Gerichtstraße.

Zwei Kinder verbrannt. In Rühlau (Kanton Aargau) ist das Wohnhaus und die Scheune eines Landwirtes niedergebrannt, wobei 2 Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren den Tod fanden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Vielfach heiter, am Tage ein wenig wärmer, vorübergehend wieder stärker bewölkt mit etwas Regen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

24. Abt. Die Funktionärsitzung am Montag fällt aus. Die Zahlabende finden am Mittwoch statt.

Theater der Woche.

Vom 20. bis 28. Mai.

Volksbühne: 20., 25. und 28. Die lustigen Weiber von Windsor. 21., 22., 24., 26. und 27. Und das Licht scheint in der Finsternis. 23. Wie' dem, der liegt. — **Opernhaus:** 20. Die Meistersinger. 21. Die Zauberflöte. 22. Don Giovanni. 23. Tristan und Isolde. 24. Bajazzi. Josephs-Legende. 25. Traubadour. 26. Tiefland. 27. Lohengrin. 28. Bohème. — **Schauspielhaus:** 22., 24., 26. und 28. John Gabriel Borkmann. 21. Peer Gynt. 23., 25. und 27. Der arme Vetter. — **Deutsches Theater:** Der Graf von Charolais. 22. Rabale und Liebe. — **Kammerspiele:** Der Faun. — **Lessing-Theater:** 20., 21., 23., 24., 26., 27. und 28. Wie es Euch gefällt. 22. Faust. 25. Bürger Schippel. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Kreislers Echsenfarm. — **Deutsches Opernhaus:** 20. und 28. Die Meistersinger von Nürnberg. 21. Eugen Onegin. 22. Tristan und Isolde. 23. Die Bohème. 24. Oberon. 25. Königskinder. 26. Traubadour. 27. Cavalleria rusticana. Der Gott und die Bajadere. — **Großes Schauspielhaus:** Die Bacchantin. — **Neues Volks-Theater:** 20. und 21. Die Fahrt nach Orplid. 22. und 23. Emilia Galotti. 24. bis 28. Der tote Tag. — **Renaissance-Theater:** Esther Gobsek. — **Die Tribüne:** Die Hose. — **Deutsches Künstler-Theater:** Der Fürst von Pappenheim. — **Komödienhaus:** Madame Pompadour. — **Berliner Theater:** Mädi. — **Trianon-Theater:** Walzer. — **Residenz-Theater:** Die Entlassung. — **Zentral-Theater:** Petzisch und Perlmutter. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Julius Cäsar und seine Mörder. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** Die blonde Katte. — **Komische Oper:** Der Goaklerkönig. — **Lustspielhaus:** Die blaue Hawaii. — **Metropol-Theater:** Die Schönste der Frauen. — **Neues Operetten-Theater:** Katja, die Tänzerin. — **Thalia-Theater:** Die tote Katze. — **Theater am Nollendorfplatz:** Die schöne Rivalin. — **Kleines Theater:** Das türkische Bad. — **Walker-Theater:** Des Königs Nachbarin. — **Walhalla-Theater:** Die Liebe geht um. — **Rose-Theater** (Theater des Ostens): Eine wüste Sache. — **Kosmos-Theater:** Heiraten mußte. — **Neues Theater am Zoo:** Der Feldhüter Friderikus Rex. — **Theater am Kurfürstendamm:** 19. U. R. — **Intimes Theater:** Diplomat im Dienst. Der blaue Pyjama. Der Geldbriefträger. Männer.

Nachmittagsvorstellungen: **Volksbühne:** 20., 21. und 27. Wie' dem, der liegt. — **Deutsches Theater:** 20. Frühlings Erwachen. — 21. Die Büchse der Pandora. — **Lessing-Theater:** 20., 21. und 27. Man kann nie wissen. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 20., 21., 24. und 27. Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler. — **Deutsches Opernhaus:** 21. Die Entführung aus dem Serail. — **Neues Volks-Theater:** 20., 21. und 27. Emilia Galotti. — **Deutsches Künstler-Theater:** 20., 21. und 27. Liebelei. — **Berliner Theater:** 20., 21. und 27. Der Waffenschmied. — **Lustspielhaus:** 27. Jugend. — **Neues Operetten-Theater:** 21. Die kleine Sünderin. — **Theater am Nollendorfplatz:** 23. und 24. Die Fledermaus. — **Theater des Ostens:** Gartenbühne Kaiserplatz 31. — **Kosmos-Theater:** 20. und 21. Schmucks Erbtante.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Aufklärung.

Kein Tag ohne Aufruf, kein Tag ohne „Parole". Nach diesem Rezept verfahren die Kommunisten, um den Arbeitern einzureden, sie täten etwas. Gestern waren es einundeinhalb Seiten. Heute sind es zwei Spalten der „Roten Fahne", die mit den kommunistischen „Wahrheiten" über die Arbeiterorganisationen angefüllt sind. „Zur Lage in den Gewerkschaften" nennt sich die Epistel von heute, die eine Resolution des Zentralausschusses der KPD. ist.

Wir gestehen selbstverständlich den Kommunisten das Recht zu, über die Mittel und Ziele der Arbeiterbewegung ihre eigene, von uns abweichende Meinung zu haben. Mögen sie mit allem Eifer, den eine ehrliche Ueberzeugung und eine klare Erkenntnis geben, nach ihrer Art für das Wohl der Arbeiterklasse wirken, sofern es ihnen wirklich darum zu tun ist. Wir werden sie dabei ganz gewiß nicht stören.

Aber man lese einmal unvoreingenommen die jüngste Resolution des Zentralausschusses der KPD über den Kampf der Gewerkschaften durch. Angefüllt mit den denkbar ehrenrührigsten Beschuldigungen gegen die Führer der Gewerkschaften, von bewußt falschen Behauptungen wimmelnd, enthält diese Resolution nichts anderes, als eine Anleitung, wie man innerhalb der Gewerkschaften „Opposition" zu machen habe.

Die Gewerkschaften haben immer die Notwendigkeit betont, sich mit den Problemen des Gegenwartskampfes und der Ueberleitung in die soziale Gemeinwirtschaft in freier Diskussion auseinanderzusetzen. Man lese unsere Gewerkschaftspresse, man studiere unsere Gewerkschaftsliteratur, die Protokolle der Gewerkschafts- und Verbandstagskongresse und man wird feststellen, welche Fülle von Anregungen und Vorschlägen oft in leidenschaftlicher Auseinandersetzung sich da kreuzen. Die Größe unserer Arbeiterbewegung, was sie trotz aller Hindernisse zu der Macht entwickelt hat, mit der heute die Unternehmer wie die Vertreter der öffentlichen Gewalt auf gleichem Fuße verhandeln müssen, beruht gerade auf diesem ernsten Ringen nach wirksamer Zusammenballung der Kraft der Arbeiterklasse in der wirtschaftlichen Entwicklung. So leidenschaftlich diese Auseinandersetzungen auch manchmal sein mögen, sie sind doch immer getragen von dem Bewußtsein der Verantwortung für die Einheit und Zukunft der Arbeiterbewegung.

Ganz anders verhält es sich mit den Diskussionen, soweit man diesen Ausdruck gebrauchen darf, die von den Kommunisten gepflogen werden. In allen Gewerkschaftsversammlungen, wo diese Neulinge in der Arbeiterbewegung vertreten sind, wird der von ihrer Fraktion — auch eine Neuerung in der Gewerkschaftsbewegung — Beauftragte stets und unentwegt „Opposition" treiben. Um sachliche Beweggründe handelt es sich dabei so gut wie niemals. Selbst wenn z. B. in einer Lohnbewegung alle Forderungen durchgebracht wurden, wird der kommunistische Fraktionsredner noch zu beweisen suchen, daß die Interessen der Arbeiter von den „Gewerkschaftsbureaukraten" wieder einmal „verraten" worden sind. Die beste Verwaltung einer Ortsgruppe oder eines Verbandes wird von diesen Leuten der Unfähigkeit und noch schlimmerer Dinge gezeihen werden.

Sind die Kommunisten etwa imstande, da, wo sie das Heft in Händen haben, es besser zu machen? Wir reden gar nicht von der elenden Lage der Arbeiter in Sowjetrußland. Wir haben ja in einigen Ländern Organisationen mit kommunistischer Leitung. Wir haben kommunistische Parteien. Wir sieht es denn mit der Macht der Arbeiterklasse in Frankreich, seit dort die Kommunisten sich des Parteiapparats der ehemals geeinten sozialistischen Partei bemächtigt haben? Wir suchen im Ruhrkampfe vergebens die Hilfe der angeblich so mächtigen Kommunistischen Partei Frankreichs. Wir haben auch in Berlin einige Ortsverwaltungen, wo die Kommunisten herrschen. Wir werden vielleicht eines Tages die Löhne der Arbeiter dieser Berufe vergleichen mit denen anderer Berufe, besonders auch solcher, wo die Kommunisten überhaupt keine Rolle spielen. Man wird dann allerlei Entdeckungen machen können .....

Und nun sehe man sich einmal die jüngste Offenbarung Moskaus an. Kann man sich eine ehrenrührigere Beschuldigung denken, wie die Behauptung, die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokratische Partei sind entschlossen, das Programm der Schwerindustrie zu verwirklichen, d. h. der schlimmsten Feinde des Sozialismus! Und doch ist diese bewußte, niederträchtige Verleumdung, die da den Arbeitern eingeredet wird, noch sozusagen das gelindeste in diesem von mächtigem, giftigem Haß, von bewußter Unwahrheit diktierten Hetzschreiben zur Spaltung der Arbeiterschaft.

Die Diskussionsfreiheit in allen Ehren. Aber eine derartige, auf Verleumdung und Spaltung eingestellte, bewußt unwahre Hetze gegen die Gewerkschaften und ihre verantwortlichen Führer ist nichts anderes als ein freiwilliger Hilfsdienst für die Unternehmer. Unter dem Mantel der Einheitsfront die innere Zerreißung der Arbeiterschaft betreiben ist nichts anderes als ein offener Verrat der Arbeiterinteressen.

Differenzen in den Privat-Elektrizitätswerken.

Nachdem durch Verhandlung über die Lohnsätze für Monat Mai keine Vereinbarung zustande kam, setzte der sachliche Schlichtungsausschuß am 16. Mai für die Zeit vom 2. bis 13. Mai 1923 folgende Löhne fest: Gruppe I: 1700 M. Stundenlohn = 81 600 Mark Wochenlohn; Gruppe II: 1650 M. Stundenlohn = 79 200 M. Wochenlohn; Gruppe III: 1625 M. Stundenlohn = 78 000 M. Wochenlohn; Gruppe IV: 1530 M. Stundenlohn = 73 440 M. Wochenlohn; Gruppe V (Mindererwerbsfähige): 1330 M. Stundenlohn = 63 840 M. Wochenlohn; Gruppe V (Frauen): 1160 M. Stundenlohn = 55 680 M. Wochenlohn. Die sozialen Zulagen von 40 M pro Stunde für die Frau und 80 M. pro Stunde für jedes Kind bleiben bestehen. Die Unternehmer erklärten, nachdem die Arbeitnehmerschaft dem Schiedsspruch zugestimmt hatte, daß sie den Spruch wegen der „hohen" Lohnsätze nicht annehmen könnten und haben ihrerseits das Reichsarbeitsministerium angerufen.

Was man weiblichen Angestellten zu bieten wagt.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Vor etwa drei Wochen inserierte die Firma Finkelstein, Generalagentur, Metzer Str. 1, nach Kontoristinnen. Auf das Inserat hin meldeten sich zirka 50 Damen. Herr Finkelstein bot den Bewerberinnen ein monatliches Gehalt von 10 000 Mark. Diese fürstliche Entlohnung sollte auf das Doppelte steigen, wenn die betreffende Bewerberin über englische und französische Sprachkenntnisse verfüge. Angesichts dieser schamlosen Angebote bemächtigte sich der Damen eine ungeheuere Empörung, die sie veranlaßte, Herrn Finkelstein um die Rückgabe des Fahrgeldes zu ersuchen, da er nicht mehrere, sondern nur eine Kontoristin suchte und viele der Bewerberinnen sich durch die Abfassung des Inserats getäuscht sahen. Herr Finkelstein versuchte nun die gerechte Empörung, die wesentlich gesteigert wurde durch das unverschämte Gehaltsangebot, dadurch abzuwehren, daß er sich einschloß und die Schupo alarmierte. Diese erschien dann auch und schritt nun nicht etwa gegen Herrn Finkelstein ein, sondern gegen die Stellungsuchenden, indem sie drei der Bewerberinnen mit zur Wache nahm.

Das Angebot von 10 000 M. Gehalt pro Monat bedeutet eine so starke Provokation der Stellungsuchenden, daß man sich wundern muß, daß die Angelegenheit für Herr Finkelstein so glücklich abgelaufen ist. Dies ist um so verwunderlicher, als nach den Aussagen der Hausbewohner des Hauses Metzer Str. 1 derartige Vorgänge sich mehrfach im Monat wiederholen. Herr Finkelstein verdient, der breiten Oeffentlichkeit als ein Mensch gekennzeichnet zu werden, der aus der Arbeitskraft seiner Mitmenschen für sich Vorteile herauszuschlagen sucht, ohne denselben die Existenzmöglichkeit zu gewährleisten. Alle Stellungsuchenden werden nunmehr wissen, wie sie Inserate der Firma Finkelstein zu bewerten haben.

Der Streik der Maßschuhmacher beendet.

Die Friedrichstädtischen Maßschuhmacher Berlins hielten am Freitag abend im „Rosenthaler Hof" eine gut besuchte Versammlung ab, in der Hörtz über die gegenwärtige Lage referierte. Aus seinem Bericht ging hervor, daß der Streik seit dem 14. d. Mts. beendet ist. Nur bei einer größeren Firma, die etwa 70 Arbeiter beschäftigt hat, streikt die Belegschaft weiter, weil dort ein Streikbrecher tätig ist. Mit den Arbeitgebern ist eine Vereinbarung zustandegekommen, nach der außer einigen anderen Verbesserungen des Tarifs erreicht worden ist, daß es bei dem siebentätigen Urlaub verbleibt. Vom 16. bis 28. April beträgt der Stundenlohn 1600 M., erhöht sich aber von dieser Zeit an bis zum 19. Mai auf 1720 M. Ferner soll für Werkzeug ab 31. Dezember d. J. 1 Prozent vom Wochenlohn vergütet werden. Lohnarbeiter erhalten entweder das Werkzeug geliefert, oder ebenfalls 1 Prozent. Die anschließende Aussprache hatte zum Ergebnis, daß die bei der einen Firma noch streikende Belegschaft ausreichend unterstützt werden soll, um den Kampf siegreich bestehen zu können. Die Frage, ob mit der bestreikten Firma ein Tarifvertrag abgeschlossen werden soll, wurde der Tarifkommission zur Erledigung überwiesen.

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien.

Nach einem Berichte der Zeitschrift „Industrial and Labour Information" (herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt) hat die Vereinigung „The Industrial Council and League" den Vorschlag gemacht, umfassende Erhebungen über die Anlässe der Arbeitslosigkeit in Großbritannien durchzuführen, und zwar soll diese Aufgabe den paritätischen Gewerbeausschüssen zufallen oder, wo solche nicht bestehen, den gewöhnlich vorhandenen Organen zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten. Es wird anerkannt, daß manche Industrien ihre besonderen Arbeitslosenprobleme haben, auf welche die Aufmerksamkeit vor allem zu richten wäre, aber im ganzen sollte die Unterstützung doch nach ungefähr gleichen Grundsätzen ausgeführt werden, und sie würde vermutlich zu befriedigenden Ergebnissen führen.

Der Bereich der Erhebung würde nach dem Plane der „Industrial League and Council" umfassen: einen genauen Ueberblick der Erfahrungen jeder Industrie in bezug auf die Arbeitslosigkeit; die Klarstellung der Anlässe derselben; eine Schätzung, ob das in der betreffenden Industrie angelegte Kapital zu gering, zu hoch oder entsprechend ist; die Art der beschäftigten Arbeiter (ob ständige oder Gelegenheitsarbeiter); die Feststellung des Umfangs der auf das Ueberangebot von Arbeitskräften zurückführbaren Arbeitslosigkeit; den Anteil der Frauen- und Kinderarbeit; den in- und ausländischen Warenabsatz; den Anteil der Löhne an den Produktionskosten im Vergleich mit 1913; die Leistung; die Mittel zur Verhütung von Arbeitslosigkeit, die in den verschiedenen Industrien angewendet werden.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Fahrtvergütung!

Eine Sensation!

Der Dollar steigt!

Meine Preise bleiben unverändert billig!

Bei Einkauf Fahrtvergütung!

Bei Einkauf Fahrtvergütung!

RIESEN-AUSWAHL!

Herren-Anzüge . 275000, 195000, 135000, 85000
Jünglings-Anzüge 145000, 95000, 58000
Sommer-Schlüpfer ... 145000, 95000, 68000
Gummi-Mäntel 185000, 135000, 85000
Hosen 45000, 28000, 18000, 12500

Kauferleichterung durch Anzahlung

Hugo Simon
Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung
133 CHARLOTTENBURG Wilmersdorfer Straße 133
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

BÜCHER GESUCHT
Wir sind ständige Abnehmer von antiquarischer, besonders sozialistischer Literatur.
VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT
W. 15, Sächsische Str. 7 — Pfalzburg 5140

Hosen!
zum
Pfingstfest billig!
Buckskin-Hosen von 21 000 an
Gestreifte Hosen von 24 000 an
Ersatz für Maß von 34 000 an
Stoff-Breeches von 19 000 an
Bauchbosen in großer Auswahl
Münchner Glockenspielhaus Hosen-Zentrale
NW., Calvinstraße 34
Ecke Alt-Moabit, nahe Kriminalgericht
Fahrgeldvergütung

1923 JAHRESSCHAU DRESDEN 27 MAI/30. SEPT
Ausstellung der deutschen Industrie
Spielzeug + Sportgerät
Ueber 100 Veranstaltungen aus allen Gebieten des Spiels und Sports
Gegenüber der Ausstellung:
Das neue Dresdner Stadion

Zentrale für
Strickjacken
Klubjacken
Sportwesten, Jumper
Größte Auswahl — richtige Qualität
Wirklich niedrige Preise
Bleyle's Kinderkleidung (nur in Pankow)
Bruno Richter, Fabrik-Niederlage thür. Wollwaren
Kopenhagener Str. 67 (a. Bhf. Schön. Allee)
Berl.-Pankow, Mendelstr. 36 I. Pkw. 3723

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kammgarne, Covertcoats, Tuche, moderne Streifen, Velvets, Mousseline usw.
Kleider- u. Futter-Seiden
schwarz und farbig.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Anzüge
aus haltbaren Stoffen, in hellen und dunklen Farben, z. T. isoliert auf 1 Knopf 95 000, 85 000, 75 000, 65 000 — 58000
aus prima Stoffen, aus Wollerge gearbeitet, vollwertiger Ersatz für Maß ..... 245 000, 195 000, 145 000 — 108000
Jünglings- u. Sportanzüge mit Breeches, Jackett- u. Sportform . 185 000, 135 000, 95 000, 75 000 — 48000

Mäntel
moderne erstklassige Verarbeitung in Gabardin, Covertcoat und anderen Stoffen 235 000, 185 000, 140 000, 115 000 — 68000
Gummi-Mäntel aus guten Stoffen mit bester Gummierung gefertigt, für Damen und Herren, 190 000, 155 000, 135 000, 110 000 — 88000

Hosen
aus Cheviot und gestreiften Kammgarnstoff, besserer Qual. bis zu den besten Maßhosen 78 000, 58 000, 35 000, 28 000 — 14000

Gardinen / Wäsche / Pelze
Damen-Mäntel

Kleczewski
Boxhagener Str. 47, I. Etage am Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Ecke Holtzstraße.
Wilmersdorfer Str. 127, I. Etage am Bahnhof Charlottenburg, Ecke Schlüterstraße.

Zahngebisse
auch zerbrochene, erreichen Werte bis 1 Million. Kaufe auch einzelne Zähne bis 100 000 Mark.
Brillanten Gold- und Silberbruch, Schmucksachen
Bei Ankauf wird Fahrgeld vergütet
Herrmann & Co., G. m. b. H.,
Wilhelmstraße 39 Ecke Kochstraße
Köthener Str. 36 am Potsdamer Platz

Gebrüder Fuhrmann
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngebisse
BERLIN W 30 Nollendorfstr. 39

Bettwäsche
Kein Bluff!
Trotz der gewaltigen Steigerung sind wir noch in der Lage, sehr billig zu liefern. Bettbezug 14 500—29 000, Laken 8500—14 000, Bettgarnitur (1 Deckbett, 2 Kissen) 31 000—3 000, fertige Inlette 28 000—58 000, Handtuch 1650 bis 7900, Damaste, Hemdentuche, Kischtücher, Ueberlaken, Plumeaus, Paradekissen, staunend billig.
Bitte überzeugen Sie sich vor Einkauf bei uns!
Köhl & Kupferberg, Bettwäschefabrik
Invalidenstr. 6, Ecke Bergstraße
(Nähe Stettiner Bahnhof)
Bitte genau auf Hausnummer achten!
Inserat ist Gutschein über 500 Mark bei Einkauf von 10000 Mark ex.

Einkauf von Brillanten,
Perlen, Smaragde, Platin, Gold- und Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe. Schapiro, Neue Königstr. 19a, im Laden.